

Streit um Mutterschutz

EU-Ministerrat gegen Ausdehnung von 14 auf 20 Wochen

Brüssel/Vechta (dpa/gio) – Eine EU-weite Verlängerung des Mutterschutzes ist in weite Ferne gerückt. In Deutschland und der Mehrheit der 27 EU-Mitgliedsstaaten ist die vom Europäischen Parlament geforderte Ausdehnung der Frist von 14 auf 20 Wochen chancenlos. Das machten die EU-Arbeitsminister gestern bei ihrem Treffen in Brüssel deutlich. Auch die Einführung eines bezahlten zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs geht den Ländern zu weit. Skeptisch sehen viele Staaten auch eine Verlängerung auf 18 Wochen, wie die Kommission vorgeschlagen hatte. Ein Kompromiss ist vorerst nicht in Sicht. Das Thema werde „Zeit brauchen“, erklärte die belgische Arbeitsministerin Joëlle Milquet. Das Thema wurde ins nächste Jahr verschoben.

Laut Statistik gehört Deutschland – ebenso wie Malta und Schweden – mit 14 Wochen Babypause bei vollem Lohnausgleich derzeit zu den EU-Schlusslichtern.

Dennoch hält die Bundesregierung das Schutzniveau für ausreichend. Es gebe in Deutschland den Mutterschutz bei vollem Lohnausgleich und die anschließende Elternzeit. „Wenn man sämtliche Leistungen in der Gesamtschau betrachtet, die junge Eltern in Deutschland bekommen, dann ist das Niveau euro-



„Europaweit Spitze“ sei der Mutterschutz in Deutschland und sämtliche Leistungen, die junge Eltern bekommen, sagte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU). Foto: dpa

paweit Spitze“, sagte Bundestamiliennministerin Kristina Schröder (CDU). „Wir sehen daher keine Notwendigkeit für europäische Regelungen.“

Deutschland argumentiert vor allem mit den deutlich höheren Kosten für Staat und Wirtschaft. Ministerin Schröder rechnet mit jährlichen Mehrkosten von rund 1,2 Milliarden Euro, sollte der Mutterschutz auf 20 Monate verlängert werden. „Wir können uns das nicht leisten“, sagte die Ministerin im Rat.

Der Vechtaer Europa-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU) begrüßte die deutsche

Entscheidung im Ministerrat. „Wir haben in Deutschland bereits einen sehr hohen Mutterschutz. Wir sollten nicht mehr tun, als was wir leisten können, vor allem im Hinblick auf die Wirtschaft“, sagte Mayer. Auch der deutsche Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hatte jüngst gewarnt, die Regelung könne die Einstellung von Frauen erschweren und sei zudem zu teuer.

Das Europäische Parlament pocht dagegen auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um die Geburtenraten im alternden Europa zu steigern. Eine neue Regelung kann nur dann gesetzliche Vorschrift werden, wenn die Mitgliedsstaaten und das Parlament sich einigen.

